

Volkstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Emil Müller, Magdeburg. — Druck und Verlag von M. Franke & Co., Magdeburg, Wertheimstraße 2. — Preis pro Quartal 1.00 M., pro halbjährlich 2.00 M., pro Jahrgang 4.00 M. — Einzelhefte 15 Pf. — Für die Redaktion 1794, für den Verlag 1795, für den Druck 1796. — Postzeitung Nr. 1255 Berlin.

Bezugspreis: Vierteljährlich 4.00 M., monatlich 1.30 M., beim Vorabzahlen 3.00 M., monatlich 1.00 M., ohne Postgebühren. — Einzelhefte 15 Pf. — Für die Redaktion 1794, für den Verlag 1795, für den Druck 1796. — Postzeitung Nr. 1255 Berlin.

Nr. 145.

Magdeburg, Donnerstag den 24. Juni 1920.

31. Jahrgang.

Fehrenbach wackelt.

Er wackelt schon, bevor er recht eigentlich auf die Füße gekommen ist. Ein böses Geschick. Aber ein Geschick, das nicht durch seine Schuld oder durch seine mangelnde Beweglichkeit entstanden ist, sondern das einzig und allein denjenigen Teilen der Wählerschaft zu danken ist, die sowohl nach links wie nach rechts abgewandert sind und dadurch einen Reichstag zusammengebracht haben, der nicht regierungsfähig und daher nicht lebensfähig ist, solange die Unabhängigen bei ihrer Obstruktion verharren.

Am Dienstag nachmittag schien das Ministerium Fehrenbach noch zustande kommen zu können. Es wurde sogar schon eine sogenannte vorläufige Ministerliste ausgegeben. Eine Stunde später war das

ministerielle Kartenhaus wieder umgeblasen.

Von zwei Seiten erfolgten die Windstöße. Die Sozialdemokraten bliesen zuerst. Sie hielten am Nachmittag des Dienstag ihre erste Fraktionsitzung ab und beschäftigten sich mit der wichtigsten Frage, wie sie sich zu der in Bildung begriffenen Regierung der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten stellen wollten. Ueber das Ergebnis wird folgender kurzer Bericht ausgegeben:

Nachdem die Abgeordneten Hermann Müller und Böbe über die bisherigen Verhandlungen berichtet hatten, wurde nach mehrtägiger Debatte, an der sich etwa zwanzig Redner beteiligten, gegen fünf Stimmen beschlossen, bei der Regierung keine Unterstützung zu leisten, wenn die Regierungserklärung folgende Punkte enthält: 1. Die Regierung hat die Aufgabe der Regierungserklärung zu erfüllen. 2. Die Regierung hat die Aufgabe der Regierungserklärung zu erfüllen.

Die Fraktion glaubte nach Erwägung aller Gegenstände nicht weiter gehen zu können, da sich die Abgabe eines Vertrauensvotums für eine Regierung, der Mitglieder der Deutschen Volkspartei angehören, mit ihrer Auffassung nicht verträgt. Die Fraktion beabsichtigt, ihre Stimmhaltung so zu motivieren, daß der neuen Regierung in ihrer Stellung der Enterte gegenüber in Spa keine Schwierigkeiten erwachsen.

Außerdem hat die Fraktion beschlossen, die von der Nationalversammlung in Folge der Obstruktion der Reichsregierung erlassenen Ausschlußbeschlüsse über die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit als Initiativantrag einzubringen und zu beantragen, daß von einer neuen Ausschußberatung abgesehen wird.

Diese Entscheidung ist in sozialdemokratischen Augen etwas Selbstverständliches. Die Regierung war zur Stunde, in der der Beschluß gefaßt wurde, noch gar nicht gebildet; sie hatte infolgedessen noch kein Programm zusammenstellen können, und erst von diesem Programm hängt Vertrauen oder Mißtrauen ab. Außerdem gehörte zu der Regierungskombination die Partei des Scharfmachers und Annexionisten Hugo Stinnes. Grund genug für die Sozialdemokratie abzuwarten, wie weit der Einfluß des Zeitungsmagnaten auf die Ministerliste wie auf das Programm reichen würde. Je nachdem hätte sich für die Sozialdemokratie sogar der Zwang herausstellen müssen, gegen das kommende Ministerium zu votieren. Nämlich dann, wenn die Stinnes gehörende Partei im Kabinett zuviel Macht erlangt hätte.

In der Erwartung, daß Zentrum und Demokraten die fälschliche Volkspartei in ihre Schranken zurückweisen würden, verpflichtete sich die Sozialdemokratie, bei der Abstimmung über das kommende Ministerium Stimmhaltung zu üben. Nicht weil sie über das Wirken und Wollen der Deutschen Volkspartei sich optimistischen Hoffnungen hingibt, sondern lediglich, um die Konferenz von Spa zustande bringen zu helfen.

Diese Zusammenkunft, von der für Deutschlands Ernährung und Industrie alles abhängt, ist auf den 5. Juli festgesetzt. Es ist daher höchste Zeit, daß endlich eine deutsche Regierung zusammenkommt, oder die Konferenz geht in die Brüche. Allein diese Erwägung war für die Sozialdemokratie bestimmend, um dem künftigen Kabinett das weite Entgegenkommen der Stimmhaltung anzutragen. Ueberdies mit dem Zusatz, daß in der Motivierung ausdrücklich auf Spa Bezug genommen werde.

Gleichwohl hatte der sozialdemokratische Beschluß bei den Demokraten eine Wirkung,

wie wenn ein Stein in einen Ameisenhaufen geschleudert wird. Die Gründe liegen auf der Hand. Den Demokraten ist bei der ganzen Kabinettsbildung wenig wohl. Sie haben erst tagelang gefnetet werden müssen, bis sie ihre Zustimmung gaben unter Bedingungen, die dann von der Stinnespartei weiter verhässelt worden sind. In ihrer politischen Aktivität hatten sie sich nun darauf verlassen, daß die So-

zialdemokraten der neuen Regierung von vornherein und unter allen Umständen ihre nicht nur passive, sondern sogar aktive Unterstützung gewähren würden. Mit der Sozialdemokratie als Rückenhalter wollten sie es wagen, sich mit den Leuten eines Stinnes an einen Tisch zu setzen.

Nun kam der selbstverständliche Beschluß der Sozialdemokraten und die Demokraten erwachten aus ihrem Traum. Ihre Fraktion trat sofort zusammen und erkannte, daß sie „vor einer neuen Situation“ stünde. Unter diesen Umständen sei an einen Eintritt ins Kabinett nicht zu denken. Fehrenbach wurde umgestoßen, bevor er richtig zum Stehen gebracht worden war. Die Demokraten meinten die Schuld dafür den Sozialdemokraten zu. In Wirklichkeit haben sie die erste Gelegenheit benutzt, um aus der unbehaglichen Situation herauszukommen.

Aber auch dann, wenn die Sozialdemokraten sich nach dem kindlichen Erwarten der Demokraten verhalten und ein glattes Vertrauensvotum für eine Regierung beschließen hätten, die sie noch gar nicht kennen, würden die Demokraten „vor eine neue Situation“ gestellt worden sein. Die Stinnespartei benutzte nämlich zur gleichen Stunde die Verlegenheiten der Mittelparteien, um ihre Bedingungen zu verschärfen.

Ihre Fraktion gab folgende Erklärung ab:

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei ist sich heute im Verlauf ihrer Aussprache darüber klar geworden, daß die vom Reichstag beschlossene Ministerliste nicht annehmbar ist. Die Fraktion hält nach wie vor daran fest, daß die Wirtschaft ein einheitliches Arbeitsgebiet ist und daß deshalb die Frage des Verkehrs und der Post, der Wirtschaft und der Finanzen im Zusammenhang gelöst werden müssen, und daß zu diesem Zwecke hervorragende Persönlichkeiten, unbeschadet ihrer Parteistellung, für diese Aufgabe gewonnen werden müssen. Die Fraktion wird diesem Grundsatze entsprechend dem Reichskanzler ihre Vorschlagsliste überreichen. Sie ist der Überzeugung, daß, wenn eine Verständigung über diese Punkte erzielt wird, der Kabinettsbildung keine Schwierigkeiten mehr im Wege stehen.

Wie gültig und bescheiden! Die Trabanten des Kriegsgewinnlers Stinnes verlangen, daß die Ministerien der Wirtschaft, der Finanzen, der Post und des Verkehrs mit ihren Leuten besetzt werden. Denn die „Fachleute“, die sie vorschlagen, stehen natürlich auf dem Boden der monarchischen, reaktionären, kapitalistischen, antisozialistischen Volkspartei. Um diese Besetzung möglich zu machen, mußten die Zentrumsdemokraten Wirth und Giesberts über Bord geworfen werden. Ihr Verbleiben aber war bisher als selbstredend vorausgesetzt worden.

Die neuen Forderungen der Stinnespartei warf daher die Kombination Fehrenbachs über den Haufen.

Sie schufen allein schon die „neue Situation“, von der die Demokraten behaupten, daß sie durch die Sozialdemokraten hergestellt worden sei. Auch wenn die Sozialdemokraten das Unmögliche getan und eine Regierung unterstützt hätten, die sie noch gar nicht kennen, würde das unerschämte Verlangen der Stinnespartei Fehrenbach umgeworfen haben, bevor er zum Stehen gekommen.

Nun hofft man in Berlin auf den heutigen Mittwoch. Er soll noch irgendeine Lösung im alten Geleise bringen. Der Mensch pflegt ja noch am Grabe eine Hoffnung aufzupflanzen, da ein hoffnungsloses Leben kein Leben ist. Aber in diesem Falle vermögen wir nicht mitzuhoffen. Wir haben am 7. Juni die Ansicht ausgesprochen, daß der neue Reichstag nicht regierungsfähig ist, wenn nicht die Unabhängigen mitregieren.

Jede andre Kombination sei entweder sofort oder nach kürzester Frist zum Scheitern verurteilt. Jeder Tag, der seitdem verfloßen, hat uns recht gegeben. Das Schicksal des Kabinetts Fehrenbach, das da stirbt, bevor es geboren ist, drückt auf unsre Ansicht den Stempel.

Der Schlüssel, der uns die Tür in die gefestigte parlamentarische Demokratie öffnet, liegt einzig und allein in der Hand der Unabhängigen. Treten sie einer demokratischen und republikanischen Koalition bei, so werden sofort die arroganten Stinnes und Trabanten in die Bedeutungslosigkeit zurückgeschleudert, die ihnen bei uns nach ihrer Zahl und ihrem Anhang gebührt.

Aber die Unabhängigen wollen nicht. Sie betrachten die Dinge „geschichtlich“. Nach ihnen werden die Reaktionäre um so machtloser, je mächtiger sie werden, je mehr Ministerstellen sie erraffen, je unerschämter sie auftreten.

Das deutsche Volk darf den Unabhängigen seinen heißen Dank dafür abstatten, daß wir keine demokratische und republikanische Regierung zustande bringen, daß Spa und die Erleichterungen, die es uns bringen soll, im Nebel des Rätesystems und der Proletariatsdiktatur verschwinden und daß Fehrenbach wackelt, bevor er sich auf die Füße stellen können. —

Boykottiert die Mörder!

Die Marburger Studentenzweifreiwilligen Göbel, Engelbrecht, Jahn, Kraus, Gerhaver, Basse, Schüler, Springer, Blum, Udelmann, Koch, Böker, Boß und Ränger haben 16 Arbeiter von Thal ermordet. Außer den Richtern zweifelt wohl niemand daran. Die Mörder sind freigesprochen und werden im deutschnationalen Geldensaal neben den Arco, Marloh, Kessel, Vogel, Girschfeld, Ehrhardt, Blittwig figurieren.

Auf dem Wege der Gesetzgebung lassen sich solche Schandurteile in der nächsten Zukunft nicht verhindern. Die bürgerlichen Parteien, denen nach dem Willen der Unabhängigen alle Macht ausgeliefert wurde, werden dazu nicht den Mut und vor allem nicht den Willen aufbringen. Die Deutsche Volkspartei und die deutschnationalen sind es gewesen, die verhinderten, daß die Militärgerichte aufgehoben wurden. Die Arbeiterschaft hat es ihnen angekreidet und wird nicht vergessen, diese Tat in Rechnung zu stellen.

Die deutsche Republik hat ihren Richtern Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit garantiert. Sie kann das Urteil nicht umstoßen. Erst eine Revision kann vielleicht ein andres Urteil ergeben.

Wir müssen uns aber nach dem Marburger Urteil darüber klar sein, daß den Banden studentischer Zeitfreiwilligenformationen

jeder Arbeiter schutzlos ausgeliefert ist,

die auf eine bloße Denunziation hin entlassen sind, Duzende Menschen zu verhaften und zu ermorden.

Aus dem Marburger Urteil werden sie folgern, daß sie dieses „Recht“ wirklich haben.

Das Marburger Urteil ist ein Glied in einer Kette ähnlicher Urteile. Es ist nicht eine Einzelerklärung, ein einzelnes Fehlurteil, sondern es zeigt uns nur an einem besonders auffallenden Beispiel, daß unsre „Recht“spruchung die Mordtaten der Gegenrevolution deckt. Die Wichtigkeit dieser Auffassung wird bestätigt, wenn man sieht, wie auf der andern Seite die Gerichte — Kriegsgerichte und Zivilgerichte — gegen die Arbeiter im Ruhrgebiet und auch sonst überall in Deutschland wüten.

Rechtlich ist die Arbeiterschaft in Deutschland kaum besser gestellt als in Ostth-Ungarn. Dagegen muß sie sich schützen. Gegen Ostth-Ungarn hat die Internationale der Gewerkschaften den Boykott verhängt. Die deutschen Arbeiter haben beschlossen, an diesem Boykott teilzunehmen. Die Arbeiterschaft Deutschlands muß sich nach den Urteilen im Ruhrgebiet und in Marburg aber hüten, daß ihr nicht mit Söhn gesagt wird: Andern hat sie geholfen und kann sich selbst nicht helfen!

Mit Protesten in Versammlungen, Zeitungen und Parlamenten ist ihr allein nicht gedient.

Die Arbeiterschaft muß zur Selbsthilfe greifen, und sich gegen Mörder schützen, weil die Gerichte den Schutz verlagern.

Das Stichwort hat einer der Gelben von Thal gegeben. Professor Gerneling in Marburg hat Briefe erhalten, in denen er gebeten wurde, für die Angeklagten im Marburger Prozeß günstig auszusagen, da es ja darauf ankomme, „gegen die Arbeiterschaft zusammenzuhalten“.

Gegen die Arbeiterschaft zusammenhalten! Das ist der Geist, in welchem heute in Deutschland Recht gesprochen wird.

Gegen die Arbeiterschaft zusammenhalten! Mit dieser Parole sind die Marburger Studenten ohne Befehl nach Thüringen gezogen.

Gegen die Arbeiterschaft zusammenhalten! So dachten die Bauern in Mecklenburg, welche der Marburger Mörderkombi die 16 Arbeiter in Thal denunzierten!

Gegen die Arbeiterschaft zusammenhalten! So dachte der Student Selchow, als er aus eigenem Ermessen den Befehl gab, die 16 Arbeiter in Thal zu verhaften.

Gegen die Arbeiterschaft zusammenhalten! Darum wurden die 16 Mann mit Kolbenstößen in die „Flucht“ getrieben und erschossen.

Gegen die Arbeiterschaft zusammenhalten! In diesem Sinne haben die Korpsstudenten als Zeugen vor dem Marburger Kriegsgericht ihre Aussagen gemacht.

Gegen die Arbeiterschaft zusammenhalten! Darum hat der Verhandlungsleiter in Marburg alles verhindert, was geeignet erschien, zu beweisen, daß in diesem Geiste die Mörder gehandelt haben.

Gegen die Arbeiterschaft zusammenhalten! Das ist der Sinn des Marburger Urteils!

Gegen die Arbeiterschaft zusammenhalten! Darum begrüßt die reaktionäre Presse mit einem Freudenheul dieses Schandurteil.

Gegen die Arbeiterschaft zusammenhalten! Das ist für uns die Kampfansage. Nehmen wir den Kampf auf! Das Marburger Mördergefindel will gegen die Arbeiterschaft zusammenhalten. Gut, mögen die Herren sehen, wie sie ohne die Arbeiter fertig werden.

Die bürgerliche Gesellschaft hat kein Urteil gegen die Mörder gefunden, weil sie gegen die Arbeiterschaft zusammenhält. Jetzt muß die Arbeiterschaft erklären, daß sie entschlossen ist, gegen ihre Mörder zusammenzuhalten.

Für die Mörder der 16 Arbeiter von Thal darf kein Arbeiter einen Schlag mehr tun!

Kein Arbeiter darf ein Haus, in dem ein Mörder wohnt, betreten. Die Müllkutschler sollen den Unrat darin liegen lassen, kein Glaser, Maurer, Maler, Kohlenträger, Milchmann, Schornsteinfeger, Tapezierer, Schlosser, Schreiner, Dachbeder, Klempner soll in einem solchen Mörderhaus sein Handwerk ausüben. Unsere Arbeitslosen mögen darauf achten.

Die Mordtaten gegen die Arbeiterschaft sind eine Pest. Als Pestkranken müssen die Mörder gemieden werden. Wo sie auftauchen, müssen die Arbeiter fliehen.

Veröffentliche ihre Namen so lange, bis sie jedem Kinde geläufig sind.

Schlagt ihre Bilder und Namen an jede Plakatsäule, daß jeder Arbeiter sie kennt. Der Straßenbahnführer muß seinen Wagen stehenlassen, wenn einer der Mörder ihn betritt. Der Lokomotivführer muß sich weigern, einen Eisenbahnzug zu fahren, in dessen Koffern ein Mörder sich verbirgt. Kein Buchdrucker darf sich finden, der zu ihrer Verteidigung auch nur eine Zeile setzt und druckt. Kein Keller darf den Mördern Speisen oder Getränke servieren. Wo ein Mörder erscheint, müssen die Arbeiter die Arbeit einstellen und sei es in einem Theater oder in einem Kino, in dem ein Mörder sich zerstreuen will.

Gegen die Arbeiter wollen sie zusammenhalten! Sie morden die Arbeiter, und die Gerichte sprechen sie frei. So mögen die Arbeiter das Urteil sprechen: Keine Arbeit für die Mörder der Arbeiter!

Um den organisierten Massenmord in Ungarn zu unterbrechen, war es notwendig, die Blodade über das ganze Land, über Schuldige und Unschuldige zu verhängen. Die Arbeiterschaft in Deutschland hat es heute noch in der Hand, die wirklich Schuldigen, den Einzelmörder zu bloßfieren.

Noch kann sie die Verurtheile, ungarische Methoden in Deutschland einzubürgern, in Keime zertreten. Sie muß es tun, weil die Gerichte versagen.

Den Boykott, den Ueberradikale gegen die gesamte Reichswehr beschlossen hatten, war ein verfehlter, politisch unkluger, in seinen Wirkungen gerade für die Arbeiterschaft verberblicher Beschluß. Der Boykott gegen Meuchelmörder, die feig und hinterlistig aus politischem Haß Menschen morden, die von Kameradengerichten freigesprochen werden, ist eine sittliche Lat.

Der Streit um die Beute.

Nach der Konferenz von San Remo, in der beschlossen wurde, die deutsche Regierung zu einer gemeinsamen Konferenz nach Spa am 21. Juni einzuladen, fand zwischen Millerand und Lloyd George in Ghythe eine nochmalige Vorbesprechung statt. Die französischen Imperialisten und Generalstabler waren über das Resultat von San Remo höchst unzufrieden; sie drohten, überhaupt nicht nach Spa zu gehen, wenn das Programm der Konferenz nicht geändert würde. Daher die Besprechung von Ghythe.

Nun aber war Italien ungehalten. Man hatte ursprünglich den Verteilungsschlüssel der Entschädigungen summe, die Deutschland zu leisten haben wird, so festgesetzt, daß auf Italien 7 Prozent entfallen. Das war den Italienern zu wenig. Sie nahmen also die Besprechung von Ghythe zum Vorwand, um eine nochmalige Vorbesprechung zu verlangen. Und auch sie drohten mit der Boykottierung der Konferenz von Spa.

So kam die Konferenz von Vologne zustande, die jetzt abgehalten wird. Es wird uns aber schon mitgeteilt, daß vor Spa noch eine Konferenz der Alliierten in Paris stattfinden werde. Aus den ziemlich unklaren und einander widersprechenden Nachrichten geht zunächst nur hervor, daß man von Deutschland eine jährliche Mindestsumme von drei Milliarden Goldmark (heute etwa 24 Milliarden Papiermark) fordern werde, und eine Gesamtsumme von 120 Milliarden Goldmark oder 960 Milliarden Papiermark. Auch der Verteilungsschlüssel ist zugunsten Italiens geändert worden. Statt 7 Prozent sind ihm 10 Prozent zugeprochen worden. Frankreich bekommt 55 Prozent, England 25 Prozent und die übrigen Alliierten — Belgien, Polen, Südslawien, Rumänien, also die Länder, die durch den Krieg verarmt wurden und nicht sich an dem deutschen Kolonialbesitz usw. bereichern haben — müssen sich zusammen mit 10 Prozent begnügen.

Doch das ist eine interne Angelegenheit der Alliierten. Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß die drei Hauptmächte ihre treuen Verbündeten mit 10 Prozent abspießen und sich selbst neunzig Prozent zusprechen.

Wichtiger für uns ist folgende Meldung der französischen offiziellen Sabasagentur:

Zur Klärung der deutschen Verpflichtungen haben die Alliierten sich entschlossen, der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel die Ausgabe internationaler Anleihen zu empfehlen, für welche die Einkünfte Deutschlands als Pfand dienen sollen. Der Vorrang der in die Hände der Alliierten übergehenden Anleihen soll gewährleistet werden. Wenn Deutschland bei Ausführung des Friedensvertrags bösen Willen zeige, könnten Zwangsmassnahmen, die bis zur Befreiung deutschen Gebiets führen könnten, angewandt werden.

Sollte diese Nachricht sich bewahrheiten, dann würde das die Aufhebung des von Hermann Müller durchgeführten Zusatzprotokolls zum Friedensvertrag bedeuten, denn in jenem Zusatzprotokoll war ausdrücklich festgelegt, daß derartige Zwangsmassnahmen nicht vorgenommen werden dürfen. Ueberhaupt ist festzustellen, daß die Alliierten das Resultat der Reichstagswahlen, vor allem aber die Verschiebung der Regierungsbildung nach rechts, infolge der Weigerung der Unabhängigen, das Vertrauen ihrer Wähler durch praktische Arbeit zu rechtfertigen, dazu benutzen, um auf Deutschland neue Lasten zu häufen und statt einer Milderung eine Verschärfung des Vertrags von Versailles vorzunehmen. Denn eine Verschärfung — die nur in der Behandlung der Türkei ihre gleichen findet — wäre es, die deutschen Staatseinnahmen aus Zöllen, Steuern, Eisenbahnen usw. als Pfand zu verlangen.

Die gesamte Finanz- und Wirtschaftspolitik Deutschlands, besonders die Sozialisierungsmassnahmen, kämen dadurch unter die Kontrolle der Alliierten. Was das bedeutet angeht, der Tatsache, daß gegenwärtig in England, Frankreich, Japan und Amerika die Bourgeoisie fast unbeschränkt herrscht, läßt sich leicht voraussagen.

Die Schuld an dieser Verschlechterung der internationalen Stellung Deutschlands trifft in erster Linie jene deutschen Wähler, die die Reaktion so verstärkt haben, daß sie die bürgerlichen Mittelparteien zwingen kann, mit ihr zu paktieren und damit sich selbst und Deutschland in den Augen der Welt zu kompromittieren. In zweiter Linie die unabhängigen Wähler, die aus der demagogischen und unfruchtbaren Tätigkeit der Unabhängigen nicht belehrt waren und für sie am 6. Juni stimmten.

Die Weigerung der Unabhängigen, den ihr zukommenden Teil der geschichtlichen Verantwortung für die Demokratisierung und Sozialisierung Deutschlands zu übernehmen, verhindert auch die Sozialdemokratie, die wohl immer noch die Mehrheit ist, aber bei weitem nicht mehr die Gesamtheit der Arbeiterschaft vertritt, in die Regierung einzutreten. Die Schwächung der Sozialdemokratie bedeutet eine entsprechende Schwächung des Einflusses der Arbeiterschaft in der Regierung.

Diese Schwächung des friedlichen Elements benutzen die Imperialisten der Entente, um uns die Daumenschrauben noch enger anzuziehen. Das ist die erste, offenkundige außenpolitische Lehre des 6. Juni und des Verhaltens der Unabhängigen.

Das aufgeflogene Rätesystem.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat Lenin, der Diktator Rußlands, am 17. Mai auf einem Kongreß der Winnerschiffer eine Rede gehalten, in der er den Arbeitern den Uebergang von dem Rätesystem in den Fabriken zur Wiederherstellung der Einzelleiter, die jetzt in Rußland mit einer unbeschränkten Gewalt ausgestattet sind, plausibel machte. Bemerkenswert ist außerdem, wie Lenin selbst die Lage Sowjetrußlands schildert:

Wir können nicht warten, das Land ist zerstört, das Elend, die Kälte, der Hunger und die allgemeine Desorganisation haben einen solchen Grad erreicht, daß es nicht so weitergehen kann. Keine Selbstopferung kann uns retten, wenn wir nicht die physische Existenz der Arbeiter sicherstellen, wenn wir ihnen nicht Brot geben, wenn wir nicht Salzborrate beschaffen werden, die wir den Bauern an Stelle von bunten Papierfetzen geben könnten. Wenn die Verwaltung nicht in den Händen von Fachleuten liegt, wenn Heizmaterial nicht rechtzeitig eintrifft, wenn Lokomotiven, Dampf- und Wagen nicht repariert werden, so ist die ganze Existenz Sowjetrußlands aufs Spiel gesetzt. Die Bevölkerung wird noch einen Winter, wie der letzte war, nicht mehr ertragen können. Kein Heroismus der Arbeiter kann sie instand setzen, die Qualen der Kälte, des Typhus, des Hungers und so weiter auszuhalten.

So sieht nach Lenin das Land aus, das uns von den Unabhängigen und Kommunisten als eine unerlöschliche Quelle für Rohstoffe und Lebensmittel hingestellt wird. Wir nehmen an, Lenin wird darüber ein wenig besser unterrichtet sein als die unabhängigen Wanderredner, die Rußland noch nie gesehen haben.

Bemerkenswert ist außerdem, daß die Diktatoren Sowjetrußlands die Räte, abgeschafft und die Leitung der Unternehmungen wieder Einzelpersonen übertragen haben, die überdies mit unbeschränkter Gewalt über die Arbeiter ausgestattet worden sind. Die Erfinder des Rätesystems haben das Rätesystem aufgegeben, nachdem es das Land zerstört und die Arbeiter dem Hungertypus überantwortet hat.

In Deutschland aber preisen uns die Unabhängigen dieses bankrott gegangene Rätesystem als der ökonomischen Weisheit letzten Schluß. Ihm zuliebe verweigern sie die politische Mitarbeit in der jungen deutschen Republik; ihm zuliebe schwören sie die Demokratie ab und enttäuschen sie die Millionen der Wähler, die ihnen die Stimme gegeben in der Erwartung, daß sie es besser machen würden als die Sozialdemokraten. Ihm zuliebe unter schlagen sie auch die Mitteilung, daß Lenin seit einigen Monaten die Zwangsarbeit eingeführt hat als das letzte Mittel, um dem völligen Zusammenbruch vielleicht noch zu entgehen.

Die russische Arbeit ist für die Arbeiter militarisirt worden — das ist das Ergebnis des Rätesystems. Die Unabhängigen wollen in Deutschland denselben Weg gehen. Wer marschirt mit? —

Sepp Dertter Ministerpräsident.

Die bürgerlichen Parteien in Braunschweig haben ihren Widerstand gegen die Bildung einer rein sozialistischen Regierung in Braunschweig aufgegeben. Mit den 32 Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurde folgendes Ministerium gebildet: drei Unabhängige Sepp Dertter (Voritz) und Inneres), Junke (Justiz), Seifers (Kultus); zwei Sozialdemokraten Steinbrecher (Arbeit), Anrick (Handel, Verkehr, Ernährung).

Die Braunschweiger Unabhängigen sind durch den Beschluß der bürgerlichen Parteien in eine recht able Lage gekommen: sie müssen nun regieren, und zwar ohne sie auf einem Pulverfaß. Der lächerlichste Zufall kann diese Regierung mit einer 2-Stimmen-Mehrheit in die Luft sprengen. Eine tragfähige Mehrheit wäre nur durch die Einbeziehung der Demokraten in die Regierung möglich gewesen. Die weitere Entwicklung wird die Aktionsunfähigkeit einer Regierung erweisen, die gegen eine so große Minderheit, wie sie die bürgerlichen Parteien in Braunschweig darstellen, regieren will.

Die Braunschweiger Unabhängigen haben das nicht begreifen wollen und darum haben ihnen die Sozialdemokraten angeboten, die Regierung allein zu übernehmen.

Die Unabhängigen in Braunschweig haben sich aber mit Händen und Füßen gegen die alleinige Übernahme der Regierung gestraubt. Sie haben all ihre Grundzüge preisgegeben, nur um untre Genossen zum Eintritt in die Regierung zu bewegen, und erklärt, daß sie unter keinen Umständen allein die Regierung übernehmen werden. So blieb unseren Genossen nichts übrig, als dem Drängen der Unabhängigen nachzugeben. Eine Regierung wäre sonst überhaupt nicht zustande gekommen, denn unsere Genossen haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die Bildung einer Regierung, in denen die Rechtsparteien die Führung haben, auf keinen Fall dulden werden.

Es ist also ganz so gekommen, wie es die „Volksstimme“ gleich nach den Braunschweiger Wahlen vorausgesagt hat: die Sozialdemokraten mußten wieder einmal ihr Parteinteresse hinter das Allgemeinwohl zurückstellen und für die Unabhängigen Hausmeisterdienste leisten. Im Kampfe gegen die Sozialdemokraten haben die Braunschweiger Unabhängigen ihren „Sieg“ errungen, aber ohne sie wollten sie unter keinen Umständen die Regierung bilden. Damit vergleiche man das Verstehen unabhängiger Wähler, die behaupten, die Sozialdemokraten wären daran schuld, daß eine sozialistische Regierung in Braunschweig nicht zustande käme.

Sepp Dertter und seine Freunde haben Häffel über Häffel bekommen. Von der Berliner „Freiheit“, vom Parteivorstand der Unabhängigen und zahlreichen unabhängigen Blättern. Einmal wurden sie von ihren Parteigenossen gerufen, weil sie die Regierung nicht übernehmen wollten und ein anderes Mal wurden sie gerufen, weil sie regieren wollten und damit die heilige Tradition der Unabhängigen durchbrechen, immer und überall nur in der Opposition zu stehen. So schrieb die unabhängige Hamburger „Volkszeitung“:

Dieses Programm (das dem Erfurter Programm entspricht, Neb.) ist ein unerhörter Streich gegen alle Grundzüge der U. S. W. Kenntnisse zur Demokratie, Abgabe an die Diktatur des Proletariats, feierliche Abschaffung unserer Parteiprogramms, Unterbindung der Kritik an den Rechtssozialisten — mehr konnten die Rechtssozialisten nicht verlangen. Wenn die Dertter und Genossen Regierungsbefehl haben, preisen sie auf alle Grundzüge der U. S. W. und schwören — auf die Grundzüge der Rechtssozialisten. Wird die Parteigenossen einschreiten? Die Braunschweiger Kompromittier werden sich vor dem nächsten Parteitag wegen ihres Verrats an unserer Partei zu verantworten haben!

Ob Sepp Dertter standhaft bleiben wird? Oder wird er die erste beste Gelegenheit ergreifen, um wieder aus der Regierung auszutreten, um die Verhängung am heiligen Programm von Leipzig wieder gutzumachen.

Die Braunschweiger Regierung und der Braunschweiger Landtag werden wohl nicht gar zu alt werden. Ihm wird es ähnlich wie dem Reichstag vom 6. Juni gehen. Hoffen wir, daß es unsern Genossen in Braunschweig gelingt, sich das Vertrauen der Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit zu erringen, daß nicht bei der nächsten Wahl eine bürgerliche Mehrheit in den Landtag einzieht.

Stadtratswahl in Gotha.

Bei der Stadtoberordnetenwahl für die Stadt Gotha, die am 20. Juni stattfand, erhielten Stimmen (das Wahlergebnis bei der Reichstagswahl am 6. Juni ist in Klammern beigefügt): Sozialdemokraten 1442 (1276), Unabhängige 8793 (10 194), Demokraten 3020 (3559), Unpolitische Liste 6770. Nach diesem vorläufigen Ergebnis hätte also unsere Partei 168 Stimmen gewonnen, die Unabhängigen dagegen einen erheblichen Stimmenverlust, nämlich 1401. Die übrigen bürgerlichen Parteien, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Bauernbund und Zentrumsparthei, hatten bei der Reichstagswahl zusammen 6168 Stimmen, bei ihrem Zusammengehen bei der Stadtoberordnetenwahl erhielten sie nur 6770 Stimmen, hatten also ebenfalls eine Einbuße von 1398 Stimmen. Um dieses Ergebnis richtig zu würdigen, beachte man, daß alle Parteien Stimmen verloren haben, während die Sozialdemokraten gewonnen haben. Die Unabhängigen allein haben mehr verloren als die gesamten bürgerlichen Parteien. Leider ist die Zunahme der Sozialdemokratie bei weitem nicht so groß, um die Verluste der Unabhängigen wettzumachen.

Rindermord im Sorthy-Ungarn.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ berichtet über Gräueltaten des Offiziersterroristen in Ungarn. Wie selbst unschuldige Kinder dem Gewaltregiment zum Opfer fallen, zeigt folgender Fall:

In der kleinen Ortschaft Unafeldbaur beflehte der Gemeindevorstand irgendwelche Druckachen in der einzigen Druckerei der Gemeinde. Da die Rechnung nach einiger Zeit nicht beglichen wurde, sendete der Besitzer mit der Rechnung seinen Lehrling Namens Schwarz zum Notar und schärfte ihm ein, er solle auf der Begleichung der Rechnung bestehen und ohne das Geld nicht zurückkommen lassen. Der Lehrling fand sich beim Notar ein, forderte die Begleichung der Rechnung, der Notar wies ihn ab, und als der Junge, auf seinem von dem Meister bekommenen Auftrag bestehend, nicht unverrichteterdinge gehen wollte, schalt ihn der Notar heftig und im Laufe des Wortwechsels schrie er ihn an: „Schw dich, du elender jüdischer Bolschewik!“ In diesem Moment trat der Kommandant der in Unafeldbaur stationierten Wachregiment, der Oberleutnant Obererz, in die Stube des Notars. Er hörte die beiden Worte: „Jüdischer Bolschewik“; er packte daran

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 23. Juni 1920.

Herunter mit den Obstpreisen!

Der Wochenmarkt ist überreich besetzt. Die Stände bröchen fast unter der Last, und man könnte meinen, aller Mangel wäre behoben, denn hier können alle Wünsche befriedigt werden. Trotz der Miesenernte sind aber auch heute die Preise für Obst und teilweise für Gemüse außerordentlich hoch. Die Preisenernte fällt in diesem Jahr ungewöhnlich gut aus, will man aber wirklich gute Ware erwerben, so muß man 2,50 Mark bezahlen. Genau so ist es bei Johannisbeeren. Man wandre einmal nur in die nächste Umgebung unserer Stadt, und man wird feststellen, daß die Johannisbeersträucher voll stehen. Auf dem Markte kosten sie trotzdem 1,40 Mark das Pfund. Erdbeeren sind von ihrem hohen Preise von 4,50 bis 5 Mark anscheinend nicht herunterzubringen. Himbeeren und Heidelbeeren kosten unentwegt weiter 8 Mark pro Pfund. Nicht viel anders steht es mit dem Gemüse. Schoten kosten trotz reichlicher Anfuhr 60 bis 75 Pfg. pro Pfund. Neue Karottensollen, die in Gemüseläden für 1 Mark zu haben sind, kosten auf dem Markte immer noch 1,20 bis 1,40 Mark. Im Verhältnis gleich hoch stehen auch heute noch Karotten, Kohlrabi, Zwiebeln, holländische Gurken und Blumenkohl. Spargel schwankte zwischen 1 Mark bis 2,50 Mark pro Pfund.

Das Hauptinteresse konzentriert sich begreiflicherweise auf das Obst. Hier wird es für die Händler höchste Zeit, daß sie sich zu bedeutenden Preissenkungen entschließen. Es könnte sonst auch hier in Magdeburg zu unliebsamen Zwischenfällen kommen. So kann es jedenfalls nicht weitergehen, daß in einem ausgesprochenen Obstjahr das Obst nur für die Gullustler da ist, während die Minderbemittelten von jeder Bereicherung der länglichen Mahlzeiten absehen müssen.

Die hohen Obstpreise haben in anderen Städten schon zu ersten Konflikten, aber auch zu regelnden Maßnahmen geführt. So wird aus Frankfurt a. M. berichtet: Infolge der hohen Preise für Früchte kam es am Montag auf dem Markte zu Ausschreitungen. Als der Markt eröffnet wurde, brangte eine größere Menschenmenge ein. Raum war der von den Marktbesuchern für Kirichen geforderte Preis von 200, 250 und 300 Mark für den Rentner bekannt, als sich bei den Käufern eine große Erregung bemerkbar machte. Im Nu waren die Körbe umgestülpt und Kirichen, Erdbeeren und Heidelbeeren zertrümmert. Die sofort gerufene Polizei vermochte nicht mehr viel Schaden zu verhindern.

Ebenso wird aus Würzburg von einem Mite der Selbsthilfe berichtet. Das Verkehrspersonal der Eisenbahnen hielt dort eine Versammlung ab und faßte den Beschluß, vom 18. Juni an Annahme und Transport der Kirichen, überhaupt des Obstes zu verweigern, bis die Preise zwischen Erzeugern und Konsumenten von Fall zu Fall im Verhältnis mit den Vertretern des Verkehrspersonals festgelegt sind.

Die Art der „Preisbegrenzung“, wie sie in Frankfurt angewendet wurde, führt freilich zumeist zu keinem guten Ergebnis. So entschieden wir uns gegen diese Art der Selbsthilfe erklären, die der Allgemeinheit keinen Nutzen bringen, so entschieden fordern wir auch, daß endlich einmal Ordnung von maßgebenden Stellen geschafft wird, sonst werden ernsthafte Konflikte nicht zu vermeiden sein. Inzwischen werden aus allen Gegenden gemeldet. In Osnabrück haben Lebensmittelumruhen auf dem Wochenmarkt ihren Anfang genommen und führten zu weichen Ausschreitungen. Eine größere Anzahl Kaufleute wurde ausgeplündert oder herabgesetzt werden, ihre jetzige Höhe ist nicht zu rechenfertigen. Man soll die Geduld der Käufer nicht zuviel belasten.

In einigen Städten wird auch mitgeteilt, daß mit Erfolg regelnd eingegriffen und damit Konflikt verhindert wurde. Aus Bamberg wird gemeldet, daß dort die Kirichen zu 1,80 Mark das Pfund verkauft werden. Aus Stuttgart wird gemeldet, daß dort die Großhandelspreise für Kirichen, Nichtpreise, 80 Pfg. bis 1 Mark betragen, die Kleinhandelspreise 1,10 bis 1,80 Mark. Es geht also mit niedrigeren Preisen, und darum muß es auch für die Magdeburger Gärtnerschaft heißen: Preise herunter! Die Preise können bedeutend herabgesetzt werden, ihre jetzige Höhe ist nicht zu rechtfertigen. Man soll die Geduld der Käufer nicht zuviel belasten.

— Zur Drehbank zurück. Die Arbeiterpresse meldet, daß Richard Müller, den man aus der Redaktion der „Metallarbeiterzeitung“ hinausgedrängt hat, wieder als Dreher arbeiten will. Brandes und Dismann, die ihn zur Strecke gebracht haben, thronen auf dem Herrschaftsstuhl und werden auch stolz in den Reichstag einzeln. Richard Müller geht an die Drehbank. Ist er weniger befähigt als sie; was hat ihn zu Falle gebracht? Müller übertrug an Wissen und Fähigkeiten die beiden Paschas um ein bedeutendes, aber er hat einen Mangel: er ist so ehrlich, daß er die radikalen Theorien, zu denen sich der neue revolutionäre Vorstand bekennt und denen er seine Stellung verbandt, auch in die Praxis umsetzen will. Theorie und Praxis sollen übereinstimmen. Als er diese Ansicht zu deutlich offenbarte, mußte er fliehen. Es ist von ihm ein sympathischer Zug, daß er den Brandes und Dismann keine Konzessionen machte und einfach seiner Wege ging.

— Rechtssozialisten. Aus dem Verfassungsausschuß der Preussischen Landesversammlung läßt sich die „Freiheit“ berichten, daß die Sozialdemokraten sich durch die Bezeichnung als Rechtssozialisten seitens des Dr. Rosenfeld gekränkt fühlten und daß der Ausschussvorsitzende Dr. Borst daraufhin diese Titulatur unterlag hätte. Wichtig ist daran, daß Präsident Dr. Borst den Dr. Rosenfeld gebeten hat, die Parteien so zu nennen, wie sie sich selber nennen. Die Sozialdemokraten aber gaben sofort die Erklärung, daß sie die Bezeichnung Rechtssozialisten sich gern gefallen ließen. Sie seien Rechtssozialisten und die Unabhängigen Unrechtssozialisten; sie seien die Sozialisten des Rechts und die Unabhängigen die Sozialisten der Gewalt. Das hätte die „Freiheit“ nicht unterschlagen sollen. Ebenso unrecht tut sie daran, ihren Lesern nicht mitzuteilen, daß der Antrag des Dr. Rosenfeld, die Landesversammlung mit Rücksicht auf den Ausfall der Reichstagswahlen aufzulösen, weil ein Abgeordneter das Vertrauen der Wähler unbedingt sicher haben mußte, deshalb angelegt wurde, weil Dr. Rosenfeld und Dr. Ebn noch immer an ihrem Mandat kleben, obwohl die Berliner U. S. P. beschloßen hat, keine Kandidaten mehr aufzustellen, die einer Religionsgemeinschaft angehören. Wie verhält sich übrigens der Beschluß der Berliner U. S. P. mit der Programmforderung: Religion ist Privatangelegenheit?

— Drei Kronen für eine Straßenbahnfahrt in Wien. Infolge der weiteren Lohnhöhungen und Kohlenpreiserhöhungen hat die Stadt Wien den Preis für die einfache Straßenbahnfahrt, der bisher 2 Kronen betrug, auf 3 Kronen erhöht. Trotzdem bleibt der Wiener Straßenbahn ein Defizit von 100 Millionen Kronen.

— Das Ei des Columbus. Die Redaktionen der unabhängigen Blätter sind in Wien. Sie wissen nicht mehr, wie sie die Politik der unabhängigen Reichstagsfraktion verteidigen sollen. Es ist eben eine unhaltbare Position. Die besten Köpfe der unabhängigen Partei, die bisher befruchtend auf die Redaktionen wirkten und die unabhängige Politik begründeten, sind entweder wie Bernstein, Neffertle und andre wieder zur Sozialdemokratie gegangen, die Kautsky, Ströbel, Fernau, Schneidt, Peters lehnen sich offen gegen die Parteipolitik auf, Silberding und viele andre schweigen. Wo soll nun so ein armer unabhängiger Redakteur Grande finden, um die Politik seiner Partei zu verteidigen! Das Magdeburger Blatt hat dieses Rätsel gelöst, und das Ei des Columbus zum zweiten Male entdeckt. Es läßt mit der Schere in bürgerliche Blätter und holt sich dort Anregungen zu Angriffen auf die Politik der Sozialdemokraten. Wenn das der selige Kurt Eisner erlebt hätte! Ein unabhängiges Blatt nimmt von ihm eine große seltene Ueberschrift und zitiert — bürgerliche Blätter, um zu beweisen, daß die Politik einer Arbeiterpartei falsch ist! Auch Scheidemann, Feilmann und — Parvus müssen herhalten, weil die Kautsky, Ströbel und Silberding verlangen und die schnoddrigen Witze von Kub. Breitscheid auf die Dauer nicht ausreichen. Ja, es sind schwere Tage für einen unabhängigen Redakteur.

Bezirksversammlungen

- finden statt:
- Mittwoch, 23. Juni, abends 7 1/2 Uhr**
 - Bezirk Neue Neustadt** im „Wintergarten“, Redner: Stadtv. Henneberg.
 - Bezirk Nord** bei Holz, Tischlerstraße 22, Redner: Genosse Hermann Fahrig.
 - Bezirk Gartenstadt Reform-Hofengarten** in Klausdal, Redner: Redakteur Müller.
 - Donnerstag, 24. Juni, abends 7 1/2 Uhr**
 - Bezirk Süd** in der Viktoriastraße, Bismarckstraße 1a, Redner: Redakteur Müller.
 - Bezirk Sudenburg** in den Sudenburger Feststätten „Eisfelder“, Redner: Schriftführer Dader.
 - Freitag, 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr**
 - Bezirk Budau** in der „Thalia“, Redner: Landtagsabg. R. Ritsch.
 - Bezirk Cracau-Prestler** im „Elbgarten“, Redner: Redakteur Müller.
 - Bezirk Dessauer, Zerbfiler, Königsborner Straße** in Grafemanns Garten, Redner: Stadtv. Henneberg.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Die Lehren der letzten Reichstagswahl.
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

— Die Justizverwaltung als Arbeitgeberin. Der Staat als Arbeitgeber war nicht immer der beste. Wenn es jetzt etwas besser geworden ist, so verdanken die Arbeiter es lediglich dem Umstand, daß sie endlich den Gedanken des Zusammenschlusses in der gewerkschaftlichen Organisation begriffen und in die Tat umgesetzt haben. Dadurch ist es jetzt möglich geworden, mit den Reichs- und Staatsbehörden Tarifverträge abzuschließen. Wenn auch die oberen Behörden, in besserer Absicht, den Tarif in seinen einzelnen Teilen zu erfüllen, die Anweisung zur Ausführung gaben, so sind es aber immer die untern Instanzen mit ihrem verknöcherten Bureaumatentum und dem Herrenstandpunkt aus vorrevolutionärer Zeit, die alle gut gemeinten Absichten von oben zunichte machen. In Magdeburg ist es hauptsächlich die Verwaltung des Justizgebäudes die solchen Mängeln huldigt. Es werden dort eine Anzahl Witwen, die die alleinigen Erbhörer ihrer Familien sind, als Reinemachefrauen beschäftigt. Bei allen Behörden am Orte wurde bereits vom 1. Januar bis 1. April für diese Frauen ein Stundenlohn von 1,40 Mark gezahlt, zuzü ein Teuerungszuschlag, so daß pro Stunde 1,85 Mk. verrechnet wurde. Nur die Justizverwaltung zahlte ihren Frauen den horrenden Lohn von 0,70 Mk. pro Stunde. Erst jetzt, trotzdem die Frauen bei den anderen Reichs- und Staatsbehörden bereits seit 1. April 2,40 Mk. Stundenlohn bekommen, bequemt man sich, den Lohn von 1,40 Mk. für die Stunde auszusparen. Damit die Sache aber nicht so teuer wird, hat man vor einiger Zeit fünf Frauen, die Witwen sind, entlassen, deren Arbeit die Zurückgebliebenen mit verrichten müssen. Eingaben an die vorgesetzte Behörde in Raumburg hatten bis jetzt keinen Erfolg. Auf eine persönliche Eingabe der Reinemachefrauen an das Oberlandesgerichtspräsidentium in Raumburg bekamen die Witwen ihren leeren Briefumschlag in einem andern wieder unfrankiert zurück, ohne irgendwelche Antwort, so daß sie obendrein noch Strafporto entrichten mußten. Also eine glatte Verhöhnung der Arbeiterkraft, und das in unserer heutigen Zeit. Hier muß bald ein richtiger Aufbruch von außen den alten Moder und Aktienstab hinwegfegen und diese bezopften Gegner der Arbeiterschaft, die einer armen Witwe ihr bescheidenes Existenzminimum noch vorenthalten, mitreißen.

Fermersleben, Golthe, Westerhüfen

Heute Mittwoch den 23. Juni 1920, abends 7 1/2 Uhr, im „Zurpark“, Golthe
Deffentl. Volksversammlung
Redner: Genosse Burghard.

× 1000 Mark Belohnung. Einen langen, breiten Peruvianer-Belztragen im Werte von 4000 Mark hat sich hier ein Unbekannter auf betrügerische Weise erworben. Der Betrüger wird wie folgt beschrieben: etwa 22 Jahre alt, 1,70 Meter groß, blond, schmales Gesicht, bekleidet mit hellgrauem Jackettanzug und rundem Strohhut. Sachdienliche Angaben erbitet die Kriminalpolizei, Zimmer 65. Für die Wiederherbeschaffung des Kragens hat der Beschädigte obige Belohnung ausgesetzt.

— Eisenbahnreflexe. Die Verwaltung der preussisch-hessischen Staatsbahnen hat mit Rücksicht auf die deutsche Industrie begünstigende Einrichtungen für Strecken, Bahnhöfe, und vollende Propaganda zu schaffen. Ausgehend von dem Erfordernis der Umstellung der heimischen Betriebe auf den kommenden Bedarf des Inlandes und des Weltmarktes will sie die bahneigenen Anlagen bereitstellen, um einerseits für die Industrie zu werben und der Welt ihre Leistungsfähigkeit vor Augen zu führen, andererseits auch im Falle des Vertrauens an eigenen Kraft zu erweisen. Zum Vertreter der Staatsbahneninteressen wurde A. Lohmeyer (Hannover) ernannt. Mit der Wahrung des öffentlichen Interesses wurde der Deutsche Werkbund beauftragt, der im Verein mit dem amtlichen Ausnahmeverwaltung zu Hannover, Sedanstraße 31, die künstlerische Gestaltung der Embleme und Frontschilde sowie des Streckenbildes und die Anpassung an die Architektur in Gebäuden und Straßen zu überwachen hat.

— Ein Zuckerfahnen auf der Elbe gesunken. Auf der Elbe bei Torgau ließ der Kapitän eines österreichischen Schleppers auf das Wrack eines Kohlenstoffs. Von den 12000 Bannern Zucker, die aus der Zichschlosswerft für Frankreich bestimmt waren, konnten nur 2000 Bannern gerettet werden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf zwei Millionen Mark.

— Unfall. Die Schülerin Ilse F. wohnhaft Hermannstraße 17, mußte die leidige Unfälle, sich an fahrende Fuhrwerke anzuhängen, schwer büßen. Sie hatte sich an eine Kippkiste angehängt, rutschte ab und geriet mit dem rechten Fuß unter die Räder. Mit schwerer Verletzung wurde sie mittels Sanitätswagens der Feuerwehr nach der Krankenanstalt Sudenburg transportiert.

— Straßenunfall. Am Sonntag mittag kurz nach 2 Uhr wurde in der Kaiserstraße ein Radfahrer von einem Auto überfahren. Die Anfaßen wollten anscheinend den Radfahrer. Der Radfahrer, ein Wassermeister aus der Wilhelmstadt, hat sich den Hinterkopf aufgeschlagen und wurde nach dem alljährlichen Krankenhaus gebracht.

× Leichenfund. Am 21. d. M. sind im Grenzweg am Spielplatz zwei unbekannte Personen erschossen aufgefunden worden. Es liegt jenseits Nord und Süd vor: männlich, etwa 25 Jahre alt, 1,70 Meter groß, dunkelblond, kurz geschneittenen Schnurrbart, bekleidet mit grauer Wollmütze, braunem Ledriemen mit kurzem Seitengewehr und weißer Strodel; bei der Leiche befand sich außer anderem Kleingeld ein 10-Pennia-Schein der Stadt Quedlinburg; weiblich, etwa 25 Jahre alt, 1,55 Meter groß, dunkelblond, an der linken Brust eine Wunde, bekleidet mit dunkelblauem Kleid mit schwarzer Vorle, weißen Unterleibern, schwarzen Strümpfen, schwarzen hohen Schuhschuh, schwarzen Strohhut mit weißem Rand, schwarzen Handschuhen; bei ihr befand sich eine braune Handtasche mit zwei weißen Taschentüchern. Die Leichen befinden sich in der Leichenhalle des Waisfriedhofs. Angaben, die zur Ermittlung der Verantwortlichkeit der Leichen führen können, erbitet die Kriminalpolizei, Zimmer 63.

× Gestohlen wurden: aus einem Schaufenster am Breiten Wege nach Zertrümmerung der Glascheibe weiße Westbezüge und Taschen; aus einer Wohnung in der Westendstraße Silbergeschmück und zwar 1 Duzend Ohrring (geh. O. M. D. und auf der Rückseite S. S.), zwei Kompost und ein Tunkensüßel, innen vergoldet, ein großes Nest, vier Ohrring ohne Steine, außerdem eine blauweiß gemusterte Tischdecke, drei Normalunterhosen, ein Hanseaten und ein Eisenkreuz, eine schwarzlederne Brieftasche; aus einer Wohnung in der Fürstentrasse ein brauner Jackettanzug, ein schwarzer Ueberzieher und Wäsche verschiedener Art; Fahräder: „Brennabor“ mit nach oben gebogener Lenkstange, „Kaiser“ mit schwarzen Felgen, Vordermantel mit Leder gefüllt, „Karte, Nr. 176472, mit gelben Holzfelgen, ohne Marke, gerade Lenkstange mit weißen Handgriffen.

— Von der Eisenbahnpolizei. Im Monat Mai d. J. wurden von der Eisenbahnpolizei Magdeburg Hauptbahnhof folgende Lebensmittel, die der Rationierung unterliegen, beschlagnahmt und dem hiesigen Lebensmittelamt überwiesen: 543 Pfund Wehl, 438 Pfund Schmalz, 498 Pfund Schweinefleisch, 240 Pfund Rindfleisch, 555 Pfund Butter, 385 Pfund Margarine, 4100 Pfund Kartoffeln.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein.
Bezirk Cracau-Prestler. Am Freitag den 25. Juni, abends 8 Uhr Versammlung im „Elbgarten“. Referent Redakteur und Stadtv. Emil Müller. Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.
Für die Delegierten zum Verbandstag und den Bezirksvorstand findet eine gemeinsame Sitzung am Freitag abend 7 Uhr im Jugendklub statt. Bezirksgruppe U. S. P. a. i. Am Mittwoch abend pünktlich 8 Uhr im Jugendheim bunter Abend. Eiderbücher mitbringen.

Theater, Konzerte etc.
Städtische Theater. Städt. Theater. Heute Donnerstag Sondervorstellung für d. Mittel d. Groß. Gemischt. „Parfisi“. Freitag, Anrecht aufgehoben. „Cavalleria rusticana“; hierauf „Wassio“. Sonnabend, Sonntag, Montag und Mittwoch „Die Kaiserin“.
Wittchen-Theater. Heute Donnerstag „Die drei Zwillinge“. Freitag „Erbgeiß“. Sonnabend „Die Wälsche der Pandora“. Sonntag „Die drei Zwillinge“.
Victoria-Theater. Heute Donnerstag und Sonntag „Armut“. Freitag „Charles Fante“. Sonnabend „Andersvågöde“.
Stadtheater. Der außerordentliche Erfolg, welcher der Neuenstudierung der Oper „Cavalleria rusticana“ hierauf „Der Bajazzo“ hier wie überall beschieden war, veranlaßt die Bühnendirektion, morgen Freitag eine letzte Aufführung der beiden Werke in dieser Spielzeit heranzuführen. Da die Vorstellung außer Anrecht stattfindet, ist auch den Nichtabonnenten Gelegenheit geboten, die Werke noch einmal zu hören.

Kleine Chronik.

Millionen Diebstahl in Berlin. Der Kaufmann Karl Herrmann aus der Schwabischen Straße 28 in Berlin knipste mit der Wirtschaftlerin Schilbes ein Liebesverhältnis an, um Zutritt zu der Wohnung zu bekommen. Als Schilde verzeigte, blieb er in dessen Wohnung und hauchte dort vierzehn Tage lang. In dieser Zeit entdeckte er in einer Schatulle eine Kassette, in der er mit Recht große Werte vermutete. Als nun die Wirtschaftlerin erkrankte und das Bett hütete, erbrach er die Kassette, verschwand mit ihrem Inhalt und schrieb der Geliebten, daß er abgereist sei und vorläufig nicht wiederkommen werde. Die beraubte Kassette enthielt 50 französische Louisdor und 200 Goldstücke österreichischer, italienischer, französischer und englischer Währung: 10-Kronen-, 10-Pire-, 10-Franc und 1/2-Pfund-Sterling-Stücke. Dazu kommen 201000 Duma-Rubel in 200 Einlaufs- und vier 250-Markel-Scheine, 5 Stück 5prozentige Gold-Regianer-Teuchanteper à 100 Pire mit Zinsscheinen ab 1913, ein Paket mit 20 Eintausendmarkel-Scheine, drei Pakete mit 50 Einhundertmarkel-Scheine, alle rot gestempelt, 50000 Mark in lohen Scheinen (Eintausend-, Hundert-, Fünzig- und Zwanzigmarkel-Scheine), mehrere Schuldcheine auf den Namen Harleße, einen Schuldcheine über 2000 oder 20000 Mark und Vantauszüge. Für die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung bis zu 50000 Mark für die Ergreifung des flüchtigen Diebes Herrmann außerdem eine Belohnung von 10000 Mark ausgesetzt. Herrmann war früher bei einer Kriegesgesellschaft in der Königsgräber Straße tätig. Die Uniformen, die er damals trug, hat er verkauft.

Briefkasten.

S. S. Entgegnungen auf Geschäftsverträge werden in den Inseratenteil

Provinz und Umgegend.

Verbandsrat der Arbeiterjugendvereine.

Wir weisen nochmals auf den Sonntag den 27. Juni 1920 in Halberstadt...

Magdeburg, den 23. Juni 1920. Mit freiem Jugendrat...

Städteverband Sachsen-Anhalt.

In Leopoldshall fand eine Hauptversammlung des Städteverbandes...

Parteinachrichten.

Arbeiter-Jugendvereine.

Miedorf, Jugendbund Freiheit, Donnerstag den 24. Juni, abends 8 Uhr...

Kreis Wanzleben.

Groß-Otterleben, 23. Juni. (Die Unabhängigen) haben ihre Wot. Die Wähler wollen es gar nicht verstehen...

Saaleborn, 23. Juni. (Der Sozialdemokratische Volksverein) hielt am Sonntag eine Monatsversammlung ab...

die sehr gut besucht war. Genosse Rudner (Egeln) beschäftigte sich in seinem Vortrag...

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 23. Juni. (Schwere Strafe) wegen sich die Arbeiter Hermann Herzl, Paul Reppien und Hermann Max durch einen Schweinebstahl zu...

Wulf, 23. Juni. (Aufschiebung) Der Gutsbesitzer Wögl wurde von einem wildgewordenen Stiers vermaßen zugerichtet...

Kreis Queblinburg-Achersleben-Ralbe.

Barby, 23. Juni. (Unverwartete Entdeckung) Bei einer Hausdurchsuchung nach Ruderstücken durch die Bahnpolizei kam in der Wohnung einer Witwe ein großes Warenlager im Werte von mindestens 20 000 Mark zum Vorschein...

Hörselberg, 23. Juni. (In der Mitgliederversammlung) des Parteiverbands gab Genosse Diffe den Geschäftsbericht...

Schneebed, 23. Juni. (Amerikanische Hilfe) In allen größeren Städten hat sich die Amerikanische Hilfe bereits bemerkbar gemacht...

Staßfurt, 23. Juni. (Schützenfest - Einbruch - Raub.) Große Feste haben den Langfingern immer Gelegenheit zur Ausübung ihres „Gewerbes“ geboten...

den effersthaften „wännern“ und wahrscheinlich auch bei den Frauen denn am nächsten Mittag haben sich die beiden Damen auf der Bodenbrücke schliefend verpflegt...

Frosche, 23. Juni. (Mordprozess) Vor dem Schwurgericht Dessau hatte sich der Landarbeiter Friedrich Wendenburg auf Reinfahrt wegen der Ermordung des Landwirts Henke zu verurteilen...

Kleine Chronik.

Der betrogene Lebensmüde. Eine verrückte Geschichte von einem Manne, der sich zwei Leute gemietet hat, um sich von ihnen töten zu lassen...

Vereins-Kalender.

Freitag den 24. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung in der Reichshalle, Ralberstraße 18.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Dardubly, Brandeburg, Saale), date (22.6.), and water level (Fall/Wuchs).

Wettervorhersage.

Donnerstag den 24. Juni: Weist heiter, trocken, warm. (Schluß des redaktionellen Teils.)

Blutarmut!!! Bei Mangel an Eisen, Schwäche ist Drophat ein geschicktes Eiser- und Blutreinigungsmittel für Jung und Alt.

Hühneraugen? Da hilft nur Kufrol das schnell und sicher wirkende Mittel...

Wilhelm Picard.

Von J. Steiner-Zulien. Nachdruck verboten. (6. Fortsetzung.)

6. Kapitel. Der ermordete Friede.

Die letzte Jubelwoche des Jahres 1914 war gekommen. Wie alljährlich zur selben Zeit, war Wilhelm in Ferien...

„Lisbeth! Lisbeth! — da sieh her!“ und er hielt ihr die zerknüllte Zeitung unter die Augen. „Ach, der arme Mann!“ rief Lisbeth aus...

„Nun,“ erwiderte der andre, „in vier Tagen rüde ich ein.“ „Und glauben Sie wirklich, daß es Krieg gibt?“ Der andre machte nur eine müde Handbewegung...

Handen, dann finden seine Gläse sich und begeben sich über die...

Die ersten Rinderfügen. Galtstüb steller, der in der Jugendgeschichte seines...

Die ersten Rinderfügen. Galtstüb steller, der in der Jugendgeschichte seines...

Die ersten Rinderfügen. Galtstüb steller, der in der Jugendgeschichte seines...

Die ersten Rinderfügen. Galtstüb steller, der in der Jugendgeschichte seines...

Die ersten Rinderfügen. Galtstüb steller, der in der Jugendgeschichte seines...

Die ersten Rinderfügen. Galtstüb steller, der in der Jugendgeschichte seines...

Die ersten Rinderfügen. Galtstüb steller, der in der Jugendgeschichte seines...

Die ersten Rinderfügen. Galtstüb steller, der in der Jugendgeschichte seines...

Die ersten Rinderfügen. Galtstüb steller, der in der Jugendgeschichte seines...

Die ersten Rinderfügen. Galtstüb steller, der in der Jugendgeschichte seines...

Die ersten Rinderfügen. Galtstüb steller, der in der Jugendgeschichte seines...

Die ersten Rinderfügen. Galtstüb steller, der in der Jugendgeschichte seines...

Stärke und Literatur.

Umgestaltung des Theaterbetriebes. Die Stagen über die Um...

Umgestaltung des Theaterbetriebes. Die Stagen über die Um...

Umgestaltung des Theaterbetriebes. Die Stagen über die Um...

Rufstufgeschichtliches.

Unter der Aufsicht der Rinderfügen. Galtstüb steller, der in der Jugendgeschichte seines...

Unter der Aufsicht der Rinderfügen. Galtstüb steller, der in der Jugendgeschichte seines...

Unter der Aufsicht der Rinderfügen. Galtstüb steller, der in der Jugendgeschichte seines...